Sitzungsunterlagen für die 8. Sitzung des 5. Studierendenparlaments der PH Heidelberg am 31.01.2018

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls vom 10.01.2018
4. Antrag auf Änderung des Beschlusses zu Ausschreibungen
5. Wahlen I
    a. Hochschulrat
    b. PLACE-Kommissionen
6. Finanzanträge/-freigaben
    a. Geo Ausklang
    b. BeTa
    c. Kulturreferat
7. Wahlen II
    a. ExOrg-Vertretung des Fachschaftsreferats
8. Vollversammlung
9. Nachhaltigkeitsbeschluss
10. Nutzung des StuPa-Raums für Fachschaften und andere studentische Initiativen
11. Fehlzeiten in StuPa-Sitzungen
12. Nachhaltigkeit
13. Berichte der Referate
14. Sitzungstermine für das StuPa
15. Berichte

    a. ExOrg

    b. LAK

    c. Antidiskriminierungsreferat

16. Sonstiges

Protokoll der 7. Sitzung des 5. Studierendenparlaments der PH Heidelberg am 29.01.2018

Protokoll: Lucas Rau

Beginn: 18:17

Ende: 20:00

Anwesenheit: s. Anwesenheitsliste

Gäste: s. Gästeliste

Awareness Beauftrage*r: Magdalena Neumann / Celina Wehrmann

Redeleitung: Philipp Neureither

1.Begrüßung

Die Redeleitung eröffnet die Sitzung um 18:17h.

Beschlussfähigkeit ist mit 15 Stimmberechtigt*innen gegeben.

Die Awarenessbeauftragtinnen sind Magdalena Neumann und Celina Wehrmann.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Ergänzungen: Vollversammlung unter TOP 4.

Mehrheitlich angenommen mit: 15 Stimmen

3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 13.12.17

Keine Änderungen.

Einstimmig angenommen

4. Vollversammlung

Die Vollversammlung findet am 22.1.2018 in der Mehrzweckhalle statt. Der Raumantrag für die Mehrzweckhalle umfasst den Zeitraum von 10-16 Uhr. Die Referate sollen Folien erstellen und dem Ältestenrat schicken. Dort wird eine große Präsentation erstellt. Referate sollen, wenn möglich anwesend sein.
Frage: Zur welcher Uhrzeit soll die Vollversammlung stattfinden?

Das Meinungsbild entscheidet sich für 12-14 Uhr.

Anmerkung:
Mögliches Problem: fehlende Werbung für die Vollversammlung. Es wurden noch keine Flyer gedruckt.
Die Tagesordnungspunkte sind beim Ältestenrat einzureichen.

5.Finanzanträge und -freigaben

a. Performance Atelier (MusiKKunst): Museumsnacht

Der Antrag wird von Antragssteller*in vorgestellt.

- Performance Atelier hat vor, sich an der Museumsnacht in Straßbourg zu beteiligen. Dafür soll eine Bustour für Studierende angeboten werden. Das Geld wird für Fahrtkosten und Material für die Performance benötigt. Die Performance wird auch am 02.02.2018 bei dem Semesterclosing der Musikfachschaft aufgeführt.
- Der Grund für die Bustour ist, dass die Museumsnacht bis 0 Uhr geht und mit dem Bus Material für die Performance transportiert wird. 10€ Eigenbeteiligung fallen an.

Frage: Wie viele Studierende fahren mit?
Antwort: Ca. 30.

Diskussion:

- Fahrtkosten bei Studienreisen werden nur mit 25 % bezuschusst.
- BuFaTa 50 %.

Abstimmung: Dafür 15
Einstimmig angenommen

b) AuG Weihnachtsfeier

Der Antrag wird von Antragssteller*in vorgestellt.

Fragerunde: Warum kommt der Antrag erst jetzt?
Antwort: Finanzantrag wurde vor der Weihnachtsfeier gestellt.

Frage: Wann ging der Antrag ein?
Antwort: Nicht rechtzeitig für die Sitzung am 13.12., aber vor dem Event.

Frage: Wie viel Geld wurde eingenommen?
Antwort: Ca. 20 Euro.

Diskussion:

- Anträge müssen Sitzungsturnusgerecht eingereicht werden. Sitzungsturnus war sehr eng. Es wäre möglich gewesen, den Antrag rechtzeitig einzureichen.
- Bei anderen Fächern wurde es abgelehnt.
- Anträge sollten rechtzeitig eingereicht werden, aber in diesem Semester wurden Finanzanträge auch im Nachhinein genehmigt (Sopäd., Geo.)
- Mögliche Unwissenheit der Fachschaft
- Sitzungstermine sind öffentlich auf der Homepage. Die Richtlinien für Finanzanträge sollten mittlerweile klar sein.
- Lieber den Finanzantrag früher mitgeben, falls auch höheren Beitrag stellen. Stupageld fließt nur mit Vorlage des Kassenzettels.

Abstimmung:
Dagegen: 11
Enthaltung: 3
Dafür: 1
- **Der Finanzantrag wurde abgelehnt -**

6. Wahl

a. QSM-Stellvertretung für zentrale Einrichtungen

Die Wahl wurde ausgeschrieben, es fanden sich jedoch keine Kandidierenden Menschen.
Diskussion: Es ist nur Stellvertreter*innenposition. Es sollen sich daher alle Gedanken darum machen.
Die erste große Sitzung, in der vieles geklärt wurde, war bereits. Nächster Termin: Dienstag 16.1.
Es wäre eine Entlastung für die Finanzreferentin, da sie verpflichtet ist, aufgrund fehlender Stellvertretung zu Sitzungen zu gehen.

Kandidierende: Adrian Lakomy

Abstimmung:
Dafür: 14.
Enthaltung: 1

- **Wahl wurde angenommen –**

Vertretung der Studierenden im Projekt SGM Kopfstehen

Fragen: Was passiert, wenn wir niemanden finden? Wie verfahren wir? Welche Möglichkeiten gibt es?

Antwort: Wir sind nicht gezwungen, jemanden zu stellen. Es wird zurückgemeldet, dass es weiterhin keine Interessierten gibt.

7. Bubbleball-Turnier

Frage: Gibt es ein Stupabubbleballteam?
Frage: Wie lang geht es?
Antwort: Es geht den ganzen Tag.
Frage: Gibt es motivierte für ein Stupateam?
Antwort: Nein, daher wird es kein Team geben.

8. Berichte

a) Beratung und Soziales (Tischvorlage)

Siehe Tischvorlage.
In der Tischvorschlage ist E-learning und Medienbildung gemeint.
Gesucht wird eine Person, die Mathematik PO 2011 Sekundarstufe als Hauptfach studiert.

b) Bericht des Exekutivorgans

Siehe Bericht.
Frage, ob der Punkt „Beauftragte im Haushalt“ nochmals erklärt werden kann?
Antwort: Es könnte mit Frau Böhmer Doppelfunktionsprobleme als Stupa-Haushaltsbeauftragte geben.

c) Letztes Rektoratstreffen

Siehe Bericht.
Wir sollen als Studierendenvertretung die Hochschule kritisieren.
An Öffentlichkeitsreferat: Fahrradstellplätze an der Alten PH einhalten.
Der Masterstudiengang im Grundschullehramt besteht aus 2 Hochschulsemestern und 2 Semester Referendariat.
Diskussion:
Man muss für sein Referendariat in Baden-Württemberg bleiben. Studierende werden zum Referendariat gezwungen, obwohl sie später keine Lehrer*innen werden möchten.
Dagegen sollte was unternommen werden.
Dagegen soll zeitnah ein AK gebildet werden.
Auf der PH Astenkonferenz könnte dies als Tagesordnungspunkt aufgestellt werden.

Wollen wir mit Herr Penshorn (Datenschutzbeauftragter) arbeiten?
Frage: Was sind die Aufgaben von Herrn Penshorn?
Antwort: Es sind keine genauen Angaben möglich. Eine Entscheidung/Besetzung gibt es im Mai.
Der Kontakt wird hergestellt.

d) Klausurtagung (Tischvorlage)

20-22.04.2018 ins Haus Zwickmühle. Erste Uniwoche.
Das andere Haus: Nähe Freudenstadt 2 Stunden. 2 Häuser direkt nebeneinander. In einem Haus sind 17 Schlafmöglichkeiten. Pensionskategorie. Kostenpunkt 800-1000 Euro.
Anmerkung: Zwickmühle hat optimalen Seminarraum.

Meinungsbild:

Freudenstadt 13-15.4.:
0 Zustimmungen

Zwickmühle 20.-22.04.:
10 Zustimmungen

ZEP 13-15.4.:
3 Zustimmungen

- Das Meinungsbild spricht sich für die Zwickmühle aus -

9.Termine

a) Landesastenkonferenz

14.01. in Hohenheim. Außenreferentin geht hin.

b) Infoveranstaltung zum Aufbaustudium SoPäd

19.05.2018 findet die Infoveranstaltung statt. 16-17 Uhr Raum 130 im Altbau. Es betrifft die Prüfungsordnung 2015.

c) Alumitreffen

08.02.2018

d) Ersti Hütte

25.- 27.05.2018

e) Einsteiger*innen Seminar für Hochschulpolitik

Veranstalter: Fzs (Freier Zusammenschluss von Student*innenschaften)
Wo? in Darmstadt
Termin: 02.- 04.02.2018
Frage: Gibt es Leute, die das Seminar besuchen möchten?
Antwort: Interessierte können sich bei Magda melden.
Frage: Hat Darmstadt nicht eine andere Studienordnung?
Antwort: FZS agiert in ganz Deutschland. Wenn es nur für Hessen wäre, dann wäre es ausgeschrieben.
Frage: Werden Kosten übernommen?
Antwort: Topf für Fortbildung. Kosten werden übernommen.

f) Termin PH Stammtisch

13.01.2018 mit Anmeldung
Frage: gibt es eine Facebookveranstaltung?
Antwort: Nein → Werbung über Online Kanäle

10. Sonstiges

Arbeitskreis Alkoholregelungen: Hiermit wird der AK ausgeschrieben. Wir halten uns an die Regelung, dass das Stupa kein Alkohol finanziert, da es verboten ist. In Kehl kam raus, dass viele Studierendenvertretungen Alkohol finanzieren. Der AK setzt sich mit rechtlichen Rahmen auseinander.

Frage: wie gehen wir als Studierendenparlament damit um?

Es folgt eine E-Mail mit einer Doodleumfrage.

Die Sitzung ist um 20h beendet.

4. Antrag auf Änderung des Beschlusses zu Ausschreibungen

Da die aktuelle Beschlusslage ie einigen Punkten unpräzise ist oder ihr Ziel verfehlt und dadurch die Arbeit des StuPas erschwert, beantrage ich den Beschluss wie folgt zu ändern:

Ausschreibungen von zu vergebenen Ämtern für Vertreter*innen der verfassten Studierendenschaft in Organe und Gremien sind über folgende Medien 48 Stunden vor der Sitzung zu veröffentlichen:

1. Homepage des Studierendenparlaments
2. Facebook
3. ~~Twitter~~
4. ~~Email (ph@stura.uni-heidelberg.de, ph-info@fsk.uni-heidelberg.de)~~
3. StuPa-Verteilen
4. Info-Mail (sofern diese zwischen Ausschreibung und Wahl versendet wird)

~~Ist dies nicht der Fall, so fehlt beispielsweise die Grundlage um eine Wahl stattfinden zu lassen.~~

Von dieser Regelung kann in begründeten Ausnahmen abgewichen werden. Über Anerkennung eines Grundes entscheidet das Parlament mit einfacher Mehrheit in seiner Sitzung.

Gez. Pascal Matuschek

5. Wahlen I

a. Hochschulrat

Für den Hochschulrat muss ein*e Abgeordnete*r gewählt werden. Aktuell Kandidierende: Ann-Christin Hein,

b. PLACE-Kommissionen

Für folgende PLACE-Kommissionen wird je eine Vertretung gesucht:

- Fellowships für Lehrende
- Aktuell
- Fellowships für Studierende

PLACE ist ein gemeinsames Vorhaben der Uni und PH Heidelberg mit dem Ziel der Verbesserung der Lehrer*innenbildung. Die Arbeit in den Kommisionen bietet also die einmalige Möglichkeit insbesondere für angehende Lehrkräfte spannende Projekte kennen zu lernen.

Weitere Infos zu PLACE findet ihr hier: https://hse-heidelberg.de/heidelberg-school-of-education/projektfoerderungen/place/

Tätigkeitsbeschreibung: "vollwertige, wahlberechtigte Mitglieder der jeweiligen Auswahlkommission, Sichten der Bewerbungsunterlagen, Bewertung der Bewerbungen anhand der in den Ausschreibungen genannten Kriterien, aktive Teilnahme an Auswahlsitzung und ggf. Auswahlgesprächen."

Aktuell Kandidierende: keine

Finanzantrag (gemäß §12 Finanzordnung)

Titelnummer: _____

Antragssteller*in	Asch, Pascal
Initiative/Gruppe/etc.	Fachschaft Geographie
Mailadresse/ Telefonnummer	[redacted]
Adresse	[redacted]

Antragsgegenstand ggf. Zeitpunkt der Veranstaltung	Erstiausklang am 05.02.2018	
Grobe Beschreibung detaillierte Ausführung auf Seite 2	Gemeinsamer Ausklang der Geographiestudierenden des ersten Semesters im Anschluss an die "Ersti-Klausur" mit Fachschaft, Dozierenden und Abteilung.	
Einnahmen und Ausgaben detailliert und aufgeschlüsselt auf Seite 2	Einnahmen: vsl. 40€	Ausgaben: 40€
beantragter **Gesamtbetrag**	40€	

15.01.2018, P. Asch

Datum, Unterschrift Antragssteller*in

- auszufüllen von der Sitzungsleitung -

☐	genehmigt	Bemerkungen/Bedingungen:
☐	genehmigt in Höhe von _____ €	
☐	abgelehnt	

Datum, Unterschrift Sitzungsleitung

Einzureichen gemäß §12 Abs. 5 schriftlich bei *Studierendenparlament PH Heidelberg (Finanzreferent*in),*

Finanzantrag (gemäß §12 Finanzordnung)

Detaillierte Darstellung

Beschreibung Was? Wofür? Wann? Wo? Ziel? Zweck?	Die Fachschaft Geographie veranstaltet im Anschluss an die Ersti-Klausur einen gemeinsamen Ausklang zwischen Studierenden, Dozierenden, Fachschaft und Abteilung. Wir möchten mit dieser Aktion die Zusammenarbeit untereinander fördern, den Erstis das Zusammenkommen mit den Dozierenden und der Abteilung erleichtern. Für uns als außenstehender Standort ist dies eine optimale Möglichkeit sich zu verbinden und untereinander zu vernetzen. Wir bieten Getränke an, welche wir selbst sponsern. Wir möchten gegen einen Unkostenbeitrag in Höhe von einem Euro HotDogs anbieten, im Falle der Nichtdeckung der Kosten würden wir gerne das StuPa als Letzfinanzierer nutzen. Für vegetarische sowie vegane Würstchen wird gesorgt und ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt. Wir haben diesen Ausklang bereits letztes Jahr gemacht, welcher auch sehr gut von den Studierenden angenommen wurde und wir würden gerne an dieser Aktion festhalten.

Einnahmen	Unkostenbeitrag	**Betrag**
	20 Studierende x 2€ Unkostenbeitrag	40€

Ausgaben		**Betrag**
	Würstchen:	
	Geflügel / Schwein	
	vegane Würstchen	
		20€
	Brötchen:	15€
	Toppings:	5€

Einzureichen gemäß §12 Abs. 5 schriftlich bei *Studierendenparlament PH Heidelberg (Finanzreferent*in),*

Antrag auf Freigabe von Ausgaben

(gemäß §11 Finanzordnung)

Titelnummer: _____

Antragssteller*in	Franziska Guln, Sebastian Schoknecht
Referat/Arbeitskreis/Amt/etc.	BeTa-Team
Mailadresse/Telefonnummer	

Antragsgegenstand	Beratungstage und Ersti Hütten SoSe 18 & WS 18/19
Beschreibung Was? Wofür? Wann? Wo? Ziel? Zweck? ggf. detaillierte Ausführung Seite 2	Die Ausgaben sind im Haushaltsplan bereits eingeplant. Sie werden für die Ausführung der Beratungstage und der dazugehörigen Hütte genutzt.
Ausgaben ggf. Aufschlüsselung der Ausgaben Seite 2	
beantragter **Gesamtbetrag:**	13000€

_____

Datum, Unterschrift Antragssteller*in

- auszufüllen von der Sitzungsleitung -

	genehmigt	Bemerkungen/Bedingungen:
	genehmigt in Höhe von _____ €	
	abgelehnt	

_____

Datum, Unterschrift Sitzungsleitung

Antrag auf Freigabe von Ausgaben

(gemäß §11 Finanzordnung)

Detaillierte Darstellung

Beschreibung Was? Wofür? Wann? Wo? Ziel? Zweck?	In den letzten Jahren kam es immer wieder zu einmaligen Ausgaben, die für die Ausführung der BeTa notwendig und vorher nicht einplanbar waren. Dieses Jahr kommen kosten für neue T-Shirts und Hoodies dazu, da wir unseren Namen von EseWo zu BeTa ändern mussten. BeTa: Hefte: ~1000€ Essen (Cafè Frisch, Schlicksupp, Metzgerei...): ~2600€ Dixis: ~2000€ Security: ~1200€ Transporter: ~400€ Partybedarf: ~200€ DJ Party: ~300€ Getränke: ~900€ T-Shirts & Hoodies: ~500€ Kaffemaschine: ~500€

Einnahmen		**Betrag**
	Solikasse	~200

Ausgaben		**Betrag**
	Hütten:	
	Pfadfinderheim	~1300€
	Einkauf Hütte	~1000€
	Kostüme	~100€
	Transporter	~300€
	DB Hin- und Rückfahrt	~900€

Antrag auf Freigabe von Ausgaben

(gemäß §11 Finanzordnung)

Titelnummer: _____

Antragssteller*in	Ing. Christoph Hünger B.Sc.
Referat/Arbeitskreis/Amt/etc.	Referat für Kultur
Mailadresse/Telefonnummer	[redacted]

Antragsgegenstand	Bildungsausgaben
Beschreibung Was? Wofür? Wann? Wo? Ziel? Zweck? ggf. detaillierte Ausführung Seite 2	Paket von 20 Kursen (11 verschiedene Kurse an 20 Terminen) für Studierende der PH, welche als Sinnvolle Ergänzung zum Studium oder der Freizeit dienen.
Ausgaben ggf. Aufschlüsselung der Ausgaben Seite 2	Kurse (inklusive Werbung)
beantragter **Gesamtbetrag:**	2.900 €

16.01.2017, _____

Datum, Unterschrift Antragssteller*in

- auszufüllen von der Sitzungsleitung -

	genehmigt	Bemerkungen/Bedingungen:
	genehmigt in Höhe von _____ €	
	abgelehnt	

_____

Datum, Unterschrift Sitzungsleitung

Finanzantrag (gemäß §12 Finanzordnung)

Detaillierte Darstellung

Beschreibung Was? Wofür? Wann? Wo? Ziel? Zweck?	Wichtige Kurse fürs Studium: Das Lernen lernen 3 Termine zu je 1,5 Stunden Präsentationstechnik 2 Termine zu je 3 Stunden Nebenjob im Studium (Rechtliches + Verdienst) 2 Termine zu je 1 Stunden Wohlbefinden / Selbsfindung: Selbstverwirklichung 2 Termine zu je 2 Stunden Meditation 2 Termine zu je 1 Stunde Traumreise 2 Termine zu je 1 Stunde Freizeit: Fotografie 2 Termine zu je 3 Stunden Sambakurs 2 Termine zu je 2 Stunden Kochen: Studentisch günstig kochen (Vegan) (3€ Selbstbeteiligung) 1 Termin über 4 Stunden (3€ Selbstbeteiligung (Mit gemeinsamem Essen)) Vegan mal anders! Ausgefallene Vegane Gerichte kochen 1 Termin über 4 Stunden (7 € Selbstbeteiligung (Mit gemeinsamem Essen)) Kulinarische Weltreise (Gewürze und Kräuter aus aller Welt) 1 Termin über 4 Stunden (15 € Selbstbeteiligung (für viele kleine Gerichte)) Normal hat das Gesamtpacket einen Preis von etwa 10.000 € Die Kurse würden in der "Zep" oder einem der Seminarräume der PH statt finden Jeder Studierende bekommt bei Teilnahme 10 € Rabatt auf Kurse oder Nachhilfe bei Einfachlernen Bergstraße http://www.einfachlernen-bergstrasse.de/

		Betrag
Einnahmen	Keine	0 €

		Betrag
Ausgaben	Kurspaket (Anreise, Kursleiterbudget, Unterlagen, usw.)	2.750 €
	Werbung (5.000 Flyer, bis zu 100 A1 Plakate, Design, Verteilung)	150 €

Einzureichen gemäß §12 Abs. 5 schriftlich bei *Studierendenparlament PH Heidelberg (Finanzreferent*in), Keplerstraße 87, 69120 Heidelberg* (Hauspost) und digital bei *finanzen.stupa@ph-heidelberg.net*

7. **Wahlen II**
    a. ExOrg-Vertretung des Fachschaftsreferats

Zur Vermeidung von Ämterdoppelungen und damit verbundenen möglichen Interessenskonflikten ist die ExOrg-Vertretung des Fachschaftsreferats wie im Parlament besprochen zum 01.02. neu zu besetzen.

Zur Wahl stehen: Theresa Mettke (Fachschaftsreferentin)

8. **Vollversammlung**

Protokoll Vollversammlung des 5. Studierendenparlaments der PH Heidelberg am 29.01.2018

Protokoll: Silvan Wilde

Beginn: 12:23

Ende: 13:13

Inhalt

TOP 1 Begrüßung und Allgemeines 5

TOP 2 Vorstellung Studierendenparlament 5

TOP 3 Haushaltsplan 6

TOP 4 Zeltfestival 6

TOP 5 Kulturreferat 6

TOP 6 Antidiskriminierungsreferat 6

TOP 7 Landesweites Semesterticket 6

TOP 8 Rückblick/Ausblick 6

TOP 9 Sonstiges 7

1. TOP 1 Begrüßung und Allgemeines

Die Sitzung wird vom Ältestenrat eröffnet und die Anwesenden werden begrüßt. Die Tagesordnung wird vorgestellt. Unter Sonstiges wird der Punkt „PH-Pullis“ aufgenommen. Eine Beschlussfähigkeit kann nicht festgestellt werden, da nicht genügend Personen der VS anwesend sind.

2. TOP 2 Vorstellung Studierendenparlament

Die Strukturen der Verfassten Studierendenschaft werden von einer Vorsitzenden erläutert.

3. TOP 3 Haushaltsplan

Die Finanzreferent*in stellt den Haushaltsplan für das Jahr 2018 vor. Das Kulturreferat und das Referat für Beratung und Soziales werden vorgestellt. Die Ausgaben im Haushaltsplan werden genauer erläutert. Die Referent*in für Beratung und Soziales erläutert auf Nachfrage die Ausgaben von Beratung und Soziales genauer.

4. TOP 4 Zeltfestival

Die Vorsitzenden des Studierendenparlaments stellen sich vor. Es wird von ihnen erläutert warum 2017 kein Zeltfestival stattgefunden hat. Der Wechsel der Organisationsform des Zeltfestival von Studentischer Initiative zu Referat des Studierendenparlaments wird erläutert.

2018 wird vermutlich ein Zeltfestival stattfinden. Genauere Informationen werden in Zukunft bekannt gegeben

5. TOP 5 Kulturreferat

Die Kulturreferent*in stellt sich und ihre Projekte vor. Das Projekt „Seminare für Alle“ wird vorgestellt. Das Projekt wird Vermutlich ab Mitte Februar starten. Weitere geplante Projekte sind eine Semesterparty und eine 90er Lounge.

6. TOP 6 Antidiskriminierungsreferat

Die Antidiskriminierungsreferent*in stellt ihr Referat vor. Es werden die Projekte für das kommende Semester vorgestellt: Selbstbehauptungskurs für Frauen, Workshop zum Thema K.O.-Tropfen, Seminar „Sexualisierte Gewalt und Prävention“ und Handlungstraining gegen Rechts.

Des Weiteren sollen Kooperativen mit Queertopia* entstehen.

7. TOP 7 Landesweites Semesterticket

Eine Vorsitzende stellt das Landesweite Semesterticket und die Kosten vor. Ob ein Semesterticket eingeführt werden soll, wird im laufe des Jahres noch durch eine Urabstimmung bestimmt.

8. TOP 8 Rückblick/Ausblick

Die Vorsitzenden Informieren über: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen, das Projekt: „Kopf-Stehen“, den Hochschulsport, diverse Veranstaltungen, die Abschaffung des politischen Mandates, die Renovierung der ZEP und den Wullewatsch. Es wird eine Meinungsbild zur Frage, ob es PH-Merchandise geben sollte, durchgeführt. Die Mehrheit spricht sich für Merchandise aus.

9. TOP 9 Sonstiges

Der Punkt PH-Pullis wird gestrichen.

Der Wunsch, dass Mikrowellen vor der Mensa der alten PH aufgestellt wird, wird geäußert. Die Vorsitzenden möchten sich darum kümmern.

Informationen zu den Masterstudiengängen wurden hochgeladen. Es wird auf eine Infoveranstaltung hingewiesen zum Masterstudiengang Sonderpädagogik, welche am 01.02.2018 stattfinden wird, hingewiesen.

Der Ältestenrat beendet die Sitzung

9. Nachhaltigkeitsbeschluss

Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Beschaffung von Lebensmitteln

Das Studierendenparlament möge über folgenden Beschluss abstimmen:

Das Studierendenparlament kann, unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, bei der Beschaffung von Wasser, Kaffee, Tee, Säften, Kakao und kakaohaltigen Produkten), fair gehandelte Produkte bevorzugen. Dabei sind Beschaffungen von Produkten aus Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika, bei denen nicht ersichtlich ist, ob sie die Standards des fairen Handels erfüllen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Diese Regelung gilt nur für Lebensmittel, die zum Verzehr in Sitzungen bestimmt sind.

Begründung:

Als Studierendenparlament stehen wir in einer gesonderten Vorbildsfunktion gegenüber der Verfassten Studierendenschaft. Aus diesem Grund möchten wir für unsere Sitzungen auf nachhaltige und faire Lebensmittel achten. Damit sind oft höhere Kosten bei der Beschaffung einfacherer Lebensmittel verbunden, weswegen wir hier einen Grundsatzbeschluss fassen wollen um dies gegebenenfalls gegenüber dem Landesrechnungshofes rechtfertigen zu können.

Wir begrenzen uns absichtlich in folgendem Beschluss auf die Sitzungen des Studierendenparlaments um nicht autonome Referate oder von uns unterstützte Veranstaltungen mehr zu belasten und ihnen den gewollten Freiraum zu nehmen solche Entscheidungen treffen zu können. Es würde uns es jedoch freuen, wenn dies von der gesamten Studierendenschaft unterstützt und in anderen Veranstaltungen sichtbar wäre.

Gezeichnet

Magdalena Neumann

10. Nutzung des StuPa-Raums für Fachschaften und andere studentische Initiativen

Da der Raum im Mathematikon bisher quasi nicht genutzt wurde und das Nutzungsrecht auch zum Ende des Semesters ausläuft, suchen wir eine praktikablere alternative für Fachschaften um einige Unterlagen und Materialien lagern zu können sowie Sitzungen abhalten zu können.

Hierfür würden wir gerne den Raum im Foyer der neuen PH nutzen, der auch immer wieder bei BeTa-Partys oder während dem Zeltfestival genutzt wird (auch für diese Gruppen soll der Raum weiterhin nutzbar sein).

Das Fachschaftsreferat würde daher gerne die Zuständigkeit für diesen Raum beanspruchen.

Gez. Pascal Matuschek, Theresa Mettke

11. Fehlzeiten in StuPa-Sitzungen

Nach § 16 Abs. 2 OS gilt:

„Eine Abgeordnete scheidet aus […] durch Ausschluss nach dreimaligem unentschuldigtem Fehlen bzw. bei insgesamt fünfmaliger Abwesenheit von den Sitzungen des Studierendenparlaments; hierzu ist ein Antrag beim Ältestenrat einzureichen, welcher über den Ausschluss entscheidet. Antragsberechtigt ist das Präsidium. Der Ältestenrat prüft insbesondere das Vorliegen triftiger Gründe für das Fehlen. Hierzu hat die Betroffene ein Recht zur Stellungnahme. Bei Ausscheiden einer Abgeordneten rückt die Nächste auf der Liste nach. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der Sitz unbesetzt.“

Durch das Präsidium ist also ein Ausschlussverfahren einzuleiten, wenn:

A. Mehr als drei unentschuldigte Fehlzeiten
B. oder mehr als fünf Fehlzeiten

vorliegen.

Abgeordnete, denen ein solches Verfahren droht, werden durch das Präsidium darüber Informiert.

12. Berichte der Referate

Jedes Referat hat bis zur nächsten Sitzung einen Bericht über das vergangene Semester zu erstellen. Dieser ist beim Präsidium per Mail einzureichen und wird in der nächsten Sitzung den Abgeordneten vorgelegt.

Gez. Das Präsidium

13. Sitzungstermine für das StuPa

a. Sitzungstermin in der vorlesungsfreien Zeit
b. Sitzungstermine im Sommer

Möglichkeit A (1. Sitzung vor KlauTa)	**Möglichkeit B (1. Sitzung nach KlauTa)**
18.04., 2.05., 23.05/30.05., 13.06., 11.07.	25.04., 16.05., 6.06., 27.06., 18.07.

14. Berichte

a. ExOrg

Bericht des Exekutivorgans des Studierendenparlaments

Das Exekutivorgans (ExOrg) hat am 17.1. und 24.1. seit der letzten Sitzung des Studierendenparlaments getagt.

Es wurde bei beiden Sitzungen über die Vollversammlung gesprochen. Einerseits im Vorfeld zur Vorbereitung und im Nachhinein eine Reflektion der Veranstaltung. Der zeitliche Ablauf und die inhatlichen Themen der Vollversammlung lassen sich im zugehörigen Protokoll nachlesen.
Negativ ist dem ExOrg die geringere Beteiligung seitens der Studierenden und seitens des Studierendenparlaments aufgefallen. Um dies für die nächste Vollversammlung zu vermeiden, wurden Ideen und Verbesserungsvorschläge gesammelt wie:

- Längerfristige, bzw. Frühere Planung: Beschluss schon zum Ende des vorherigen Semesters oder direkt zu Beginn des Semesters in Studierenparlament einreichen
- Damit verbundene Längere Bewerbung der Veranstaltung (Facebook, Plakate, Flyer, andere Online-Plattformen, mündlich in Seminaren etc.)
- Erstellen von Powerpoint-Folien mit Werbung und diese an Doent*innen versenden, damit diese optional ebenfalls in Seminaren werben können
- Jedes Referat stellt sich selbst und den momentanen Arbeitsstand vor für mehr Transparenz gegenüber den Studierenden
- Fachschaften mehr einbeziehen

Neben der Vollversammlung würde über das Erstellen und die Zuständigkeit zu verschiedenen Arbeitskreisen beraten. Hierfür werden in Kürze E-mails über den Verteiler gesendet mit Doodlen um frühzeitig Interessierte ins Boot zu holen. Folgende Arbeitskreise werden ausgerufen:

- Arbeitskreis Handreichung
- Arbeitskreis Alkoholregelung
- Arbeitskreis Klausurtagung
- Arbeitskreis Vollversammlung
- Arbeitskreis ESEWO/Beta

Einige dieser Arbeitskreise betreffen den normalen Semesterablauf. Die Thematik der ersten beiden Aks lassen sich näher in den Protokollen des StuPas und des ExOrgs nachlesen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die veraltete Haftpflichtversicherung der Verfassten Studierendenschaft. Der momentane Vertrag mit der BGV ist auf dem Stand von 1992 und wurde noch vor der Zeit der Verfassten Studierendenschaft vom ASTA abgeschlossen. Unsere Beiträge sind dementsprechend gering und der Versicherungsschutz nicht ausreichend.

Dies ist vor allem für die Planung des Zeltfestivals problematisch. Andere vom Studierendenparlament ausgerichtete Veranstaltungen wie die Veranstaltungen des Q-Refs sind durch die Nutzung von Hochschulräumen hierdurch versichert.

Die Versicherung wurde vom Vorstand aufgefordert neue Angebote einzureichen und werden diese mit Frau Böhner besprechen.

Es wurden zudem Berichte von den anwesenden Referaten vorgetragen. Diese werden jedoch noch einmal als Tagesordnungpunkt in die Studierendenparlamentssitzung eingereicht oder lassen sich in den Protokollen des ExOrgs nachlesen.

Am Donnerstag der 1.2. um 11Uhr findet das nächste Rektoratstreffen statt. Hierzu wurde das ExOrg aufgefordert Themen, die dort besprochen werden sollen in das Vorstandspad einzutragen. Dies kann gern von Mitgliedern des Studierendenparlaments auch getan werden.

Gezeichnet Magdalena Neumann

b. LAK

Bericht der LAK am 14.01.2018 in Hohenheim

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Bericht des Präsidiums fiel leider aus

TOP 3: Rundgang der Hochschulen

Bei diesem Tagesordnungspunkt wurden verschiedene Punkte angesprochen. Zum einen das elektronische Wählerverzeichnis, welches jedoch bei fast keiner Universität oder Hochschule vorhanden ist. Ähnlich verhält es sich mit Kontakten zu Kommunalpolitikern, die nur sehr spärlich vorhanden sind und wenn, dann meist nur von einzelnen Personen gepflegt werden. Weitere Punkte beschäftigten sich mit der Finanzierung von Exkursionen, dem Vorhandensein eines Gleichstellungsreferates, Finanzierung von nicht konstituierten Studierendenschaften und der Herausgabe von Universitätszeitungen beziehungsweise eines Erstiheftes.

TOP 4: LHG-Novelle

Die Rede wurde in einem AK im Rahmen der LAK in Hohenheim am Vortag erarbeitet. In der Konferenz wurde die Rede vorgestellt und der Redner bestimmt: Philipp Stöcks. Er ist schon lange in der LAK aktiv und hat auch an der Novellierung mitgearbeitet und ist somit Experte in diesem Gebiet.

Hier die offizielle Pressemitteilung:

Am 17.01.2018 sprach Philipp Stöcks (Vorstand und Senat, Universität Freiburg) im Namen der LandesAStenKonferenz Baden-Württemberg vor dem Plenum des Landtages zur Anhörung des Hochschulrechtweiterentwicklungsgesetzes. Stöcks kritisiert die Umsetzung des Verfassungsurteils, die die Machtkonzentrate der Rektorate auf Kosten der Studierenden, Promovierenden und Angestellten erhält und das politische Mandat den Studierendenvertretern streicht.

„Der Gesetzentwurf verpasst es, die Hochschulen zu demokratisieren. Die Landesregierung will nicht die demokratische Hochschule. Stattdessen soll das Machtübergewicht der Rektorate erhalten bleiben.“ Stöcks appelliert daher an die Landtagsabgeordneten, endlich die Hochschulöffentlichkeit zu Gremiensitzungen zuzulassen um Informationsungleichgewichte zu schaffen „Das Gesetz sieht die Geheimhaltung wichtiger Entscheidungen geradezu vor“

Der studentische Mindestanteil im kleinen Fakultätsrat sollte nach Meinung der Studierenden nicht gestrichen, sondern auf den großen Fakultätsrat ausgeweitet werden. “Auch nach der Gesetzesänderung bleibt es einfach Änderungen im Bereich Studium und Lehre gegen den Willen der Studierendenschaft durchzudrücken. Prüfungsordnungen können geändert und Professuren mit grundlegender Bedeutung für die Lehre abgeschafft werden – ohne dass die Stimme der Studierenden maßgebliches Gewicht hat. Wir fordern daher einen studentischen Mindestanteil von 30 Prozent in allen Fakultätsräten“ so Stöcks.

Gerade die Streichung des politischen Mandats von Studentenvertretern ist für die LAK Ba-Wü nicht hinnehmbar. Die Verfassten Studierendenschaften vertreten die politischen Anliegen der Studierenden. Themen wie Wohnraumpolitik, studentische Mobilität, BAföG, Visabestimmungen und andere sozialpolitischen Themen beschränken sich zwar nicht auf das direkte Hochschulumfeld aber betreffen dennoch direkt die Studierenden. Es ist daher für die LAK unverständlich, weshalb ihr Mandat auf die Hochschule beschränkt sein soll. „Mit der Streichung kommt eine Zensurbestrebung zum Ausdruck. Die Gesetzesänderung provoziert geradezu Rechtsstreitigkeiten gegen kritische ASten und ihre ehrenamtlichen Mitglieder“ erklärt Stöcks. Damit erschafft das Gesetz enorme Hürden für studentisches ehrenamtliches Engagement. Daher appelliert die LAK die aktuelle Formulierung des Gesetzes zu erhalten.

Des Weiteren kritisiert die LAK Ba-Wü die einseitige Redner*innenliste bei der heutigen Anhörung. Es sprechen fünf Rektoren von verschiedenen Hochschulen, die jedoch nicht nur ihren Hochschultyp, sondern auch Rektoratsinteressen vertreten. Nicht gehört werden Vertreter*innen des Mittelbaus und der Personalräte, sowie die Landesgleichstellungsbeauftragte.

TOP 5: Landtagsanfragen

Im Rahmen eines AK wurde am Vortag eine Stellungnahme der LAK erarbeitet, welche in der Sitzung thematisiert und verschiedene Formulierungen überarbeitet wurden.

Hier die Stellungnahme:

Die Landesastenkonferenz (LAK) verurteilt die jüngsten Versuche einzelner Landtagsfraktionen die demokratisch legitimierten Verfassten Studierendenschaften (VSen) zu deligitimieren und unsere Unterstützung von studentischem Engagement in eine extremistische Ecke zu stellen. Des Weiteren kritisieren wir die Vorhaben der Landesregierung das politische Mandat der VSen zu streichen und unser universitäres, kommunales und hochschulpolitisches Mitspracherecht zu schwächen.

Im Oktober wurden die VSen Baden-Württembergs über eine Große Landtagsanfrage (Drucksache 16/2642) mit dem Titel „Linksextremismus in BW“ der CDU-Fraktion dazu aufgefordert, Studierende in Form von konkreten Gruppennamen und Studierendenzahlen zu melden, die zur Teilnahme an den G20-Protesten aufgerufen haben sollen. Damit solle ein angeblicher Beitrag zur Bekämpfung von politischem Extremismus, vor allem im Umfeld der Hochschulen, geleistet werden.

Wir, als VSen, haben uns der Aufgabe verschrieben, studentisches Engagement zu fördern und den politischen Bildungsauftrag, der uns von der Landesregierung explizit erteilt wurde, ernst zu nehmen.

Daher verurteilen wir diese Anfrage, welche die VSen unter Generalverdacht stellt, linksextreme Vorgänge, sowie Gewalt zu unterstützen und zu dulden. Dies erweckt den Eindruck, man wolle das

politische Engagement und die freie Meinungsäußerung der Studierenden delegitimieren. Beides weisen wir entschieden zurück.

Die VSen haben keine Aufsichtspflicht über die Aktivitäten einzelner Studierender und studentischer Gruppierungen, da diese eigenverantwortlich handeln. Auch eine Überwachung von Aktivitätsveränderungen bestimmter Gruppen wie von der Landtagsanfrage Drs. 16/3104 der Fraktion “Bündnis 90 / Die Grünen” die an einzelne Studierendenschaften geschickt wurde liegt nicht im Aufgabenbereich der Studierendenvertretungen. Mit ihren Anfragen haben die Fraktionen gezeigt, dass sie eine solche Kontrolle der Studierenden durch uns erwarten. Dies lehnen wir ab, da es dem Verständnis unseren ehrenamtlichen Engagements widerspricht.

Weiterhin wurde am 15.11.2017 durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine Kleine Landtagsanfrage der AfD-Fraktion (Drucksache 16/2967) an die VSen weitergeleitet.

Es wurde darum gebeten Auskunft über die ideelle, finanzielle oder andersartige Unterstützung von Initiativen, autonomen Gruppen bzw. Referaten der "Verfassten Studentenschaften" [sic] Baden-Württembergs seit 2012 zu geben. Insbesondere wird nach Gruppen gefragt, die durch die VS der Universität Heidelberg gefördert wurden oder noch werden. Weiterhin möchte die AfD-Landtagsfraktion wissen, ob unter diesen Gruppen solche sind, die durch den Verfassungsschutz beobachtet werden.

Die AfD-Landtagsfraktion möchte den genauen Umfang der getätigten Unterstützung seit 2012 in tabellarischer Form erhalten sowie den Umfang der finanziellen Mittel die die VSen aus öffentlicher Hand erhalten haben. Gefordert wurden dabei „Zweck“, die „fördernde Stelle“ und der „Haushaltstitel“. Diese Informationen werden von vielen VSen bereits öffentlich auf ihren Internetseiten zur Verfügung gestellt.

Inhaltlich halten wir die Unterstützung und Förderung von studentischem Engagement zum Schutz von Minderheiten, z.B. durch die Schaffung von Schutzräumen, Austauschplattformen oder Vorträgen zur Sensibilisierung, für eine legitime Aufgabe der Studierendenvertretungen, die in vielen Fällen auch autonom von den regulären Gremien der Studierendenschaften abläuft. Beispielsweise thematisieren diese Gruppen Sexismus, Rassismus, Ausländer*innenfeindlichkeit, Trans*feindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten. Die Anfrage möchte explizit Informationen über die Unterstützung von derartigen autonomen Referaten oder Gruppen erhalten.

Eine solche Informationsbündelung rückt diese Gruppen in den Fokus von (rechts-) extremistischen Gruppen.

Damit kann diese Landtagsanfrage zu einer realen, physischen Bedrohung für Ausländer*innen, Frauen*, LGBTTIQ+[1], Menschen mit Behinderung oder People of Color werden. Aus diesem Grund halten wir derartige Anfragen für höchst problematisch.

Weiterhin wird hier die alltägliche Arbeit der Studierendenvertretungen abgefragt, welche durch Materialverleih, Newsletter-Formate und ggf. Projektförderung studentisches Engagement fortlaufend unterstützt. Die Mittel der VSen werden nicht willkürlich verteilt, sondern durch demokratisch legitimierte und kontrollierte Gremien.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Arbeit der VSen durch ehrenamtlich tätige Studierende ausgeführt wird. Dementsprechend erfolgt diese Arbeit neben ihrem Studium. Von diesen

Ehrenamtlichen kann nicht verlangt werden die Arbeit einer Vollzeitkraft zu übernehmen, was die Zusammenstellung der Informationen aus den letzten fünf Jahren innerhalb von drei Werktage erfordern würde.

Zwar haben einige VSen Verwaltungsangestellte, diese werden allerdings durch Beiträge der Studierenden finanziert und sollen daher in ihrer Tätigkeit die VSen so unterstützen, dass die Interessen der Studierenden gefördert werden können.

Weiterhin sei angemerkt, dass die von der AfD-Landtagsfraktion angesprochene "Verfasste Studentenschaft" nach Landeshochschulgesetz (LHG) nicht existiert. Die Körperschaften des öffentlichen Rechts nennen sich "Verfasste Studierendenschaften".

In diesem Zusammenhang ist auch die aktuelle Novellierung des LHGs zu beachten. Diese sieht eine Streichung des politischen Mandats der Studierendenschaften vor. Die dadurch entstehende Rechtsunsicherheit schürt die Befürchtung, dass unsere Handlungsmöglichkeiten uns für die kulturellen, hochschulpolitischen und kommunalpolitischen Anliegen der Studierenden einzusetzen, eingeschränkt werden.

Durch diese Anfragen und die LHG Novellierung befürchten wir, dass damit der Grundstein für eine erneute Abschaffung der VSen gelegt werden soll.

Weiterhin werden die VSen als Institutionen dargestellt, die abseits der bereits existierenden Kontrollinstanzen überwacht werden müssen.

Dies erinnert an das Vorgehen der Filbinger-Regierung der 1970er, die beabsichtigten "den linksterroristischen Sumpf" an den Universitäten auszutrocknen.

Hierzu wurden die VSen enteignet, entmündigt und damit den Studierenden ein Großteil ihrer demokratischen Mitbestimmungsrechte genommen.

Diese Entwicklung wird von uns weiterhin kritisch beobachtet. Statt die Arbeit der VSen zu behindern, wünschen wir eher ein Interesse daran studentische Initiativen und Selbstverwaltung zu stärken, da diese wichtige kulturelle und politische Arbeit leisten.

Für uns gilt, dass die „Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden“, die den Studierendenschaften im LHG explizit übertragen wurde, auch zukünftig ein zentraler Aspekt unseres Handelns bleibt.

[1] LGBTTIQ+ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Transgender, Intersex & Queer and others (dt.: lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender-, intersexuelle, queere und andere Menschen)

TOP 6: Konstituierende Landesstudierendenvertretung

Da die LAK nicht konstituiert ist, wird in den nächsten zwei Wochen ein Fragebogen an alle Universitäten und Hochschulen versendet. Dieser wird in das Studierendenparlament eingebracht und beantwortet. Dabei geht es vor allem um das Stimmvergabemodell.

TOP 7: Studiengebühren

Wie im letzten Sommersemester wird es auch dieses Jahr eine landesweite Protestaktion gegen Studiengebühren geben an einem Samstag im Mai. Nähere Informationen folgen in den nächsten Wochen.

Update zu einer Klage gegen Studiengebühren:

Der Kläger im Freiburger Verfahren gegen die Studiengebühren wurde im Rahmen der gesetzlichen Befreiungsmöglichkeiten von seinen Gebühren entlastet, die Klage in Freiburg kann somit nicht aufrechterhalten werden. Dies funktionierte folgendermaßen: Jede Universität und Hochschule darf 5 % der ausländischen Studierenden von den Studiengebühren befreien. Dies geschieht mittels eines Losverfahrens, in welchem der Kläger gewonnen hat und somit nicht mehr gegen die Studiengebühren klagen kann.

c. Antidiskriminierungsreferat

Bericht des Antidiskriminierungsreferats

Zusammenarbeit mit dem Frauennotruf

Am 04.12.17 hatten wir ein Treffen mit dem Frauennotruf Heidelberg. Ziel dieses Treffens war eine Zusammenarbeit und Planung von zukünftigen Aktivitäten.

Für das Sommersemester sind drei Veranstaltungen geplant:

1) Informationsveranstaltung und Diskussion “K.O-Tropfen-Fiese Droge im Glas“
2) zweitägiger Selbstbehauptungskurs "Starke Frauen haben viele Gesichter" (evtl. am 14+15. Mai)
3) Informationsveranstaltung und Diskussion „Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen“

Der Frauennotruf ist interessiert an einer längerfristigen Zusammenarbeit in Form von weiteren Veranstaltungen, aber auch Seminaren. Dafür sammeln wir Ideen, welche Bereiche zum Thema sexualisierte Gewalt und Prävention für die Studierenden interessant sein können.

- https://stupaphhd.piratenpad.de/antidis

Weitere geplante Veranstaltungen

- Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage: Workshop und Argumentationstraining gegen Rechts
- Ein Workshop über den Anti-Bias-Ansatz
- Ein Wen-Do Kurs (ein Kurs über Selbstbehauptung für Frauen)
- Ein Workshop mit queertopia: Kritische Männlichkeiten

Sticker und Flyer

Wir haben dieses Jahr wieder Sticker mit allerlei schönen Sprüchen gekauft („Guess what I’m a feminist“, „Faschismus wegrüsseln“, „rassistische Kackscheisze“) und legen für alle bereit in unserem Fach im Büro. Diese können bei Veranstaltungen oder Infoständen verteilt werden zu Werbezwecken.

Wir würden gerne Bücher zu verschiedenen Diskriminierungsthemen erwerben und diese in die ZEP ins Regal stellen. Eure Ideen könnt ihr uns aufs Pad schreiben:

- https://stupaphhd.piratenpad.de/antidis

Euer Antidisteam

Theresa Heusinger und Mohini Fitz

15. Sonstiges